

Einleitung

Demokratische Gesellschaften leben von Voraussetzungen, die sie selbst nicht vollständig hervorbringen. Sie beruhen auf Vertrauen, auf der Anerkennung gleicher Würde, auf der Bereitschaft, Differenz auszuhalten, und auf der Einsicht in die Begrenztheit politischer Macht. Diese Voraussetzungen besitzen normativen Charakter. Sie tragen Anspruch auf Geltung. Und doch lassen sie sich nicht allein aus Verfahren ableiten.

Hier beginnt die eigentliche Spannung gegenwärtiger Demokratien

Einerseits steht der Anspruch, politische Ordnung dürfe keine weltanschauliche Wahrheit monopolisieren. Freiheit verlangt, dass Überzeugungen argumentativ wirken, nicht durch staatliche Verfügung. Andererseits entsteht immer wieder die Frage, ob eine Demokratie ohne verbindliche Orientierung dauerhaft bestehen kann. Reicht ein System von Verfahren aus, um Gerechtigkeit, Solidarität und Menschenwürde zu sichern? Oder benötigt demokratische Ordnung eine tiefere Fundierung – sei sie philosophisch oder religiös?

In dieser Spannung gewinnen gegenwärtig postliberale und neointegralistische Stimmen an Aufmerksamkeit. Sie diagnostizieren eine normative Erosion liberaler Gesellschaften und fordern eine stärkere inhaltliche Bestimmung des Gemeinwohls. Demgegenüber verteidigen liberale Positionen die Offenheit des politischen Raumes und warnen vor jeder Sakralisierung staatlicher Macht. Zwischen beiden Polen verläuft eine Debatte, die nicht nur politisch, sondern erkenntnistheoretisch geführt werden muss: Wie verhält sich Wahrheit zur Freiheit? Wie kann Transzendenz Orientierung stiften, ohne Zwang zu erzeugen? Die vorliegende Untersuchung nimmt diese Fragen ernst, ohne sie vorschnell zu harmonisieren. Sie geht davon aus, dass demokratische Ordnung weder im normativen Relativismus noch in der Verabsolutierung einer religiösen Deutung ihre Zukunft findet. Demokratie benötigt moralische Substanz; sie zerbricht jedoch dort, wo Wahrheit politisch monopolisiert wird. Transzendenz kann Würde vertiefen, Verantwortung intensivieren und Macht relativieren. Sie verliert ihre befreiende Kraft, sobald sie zur staatlichen Durchsetzungsinstanz wird.

Im Zentrum steht daher ein doppeltes Anliegen: erstens eine präzise Analyse gegenwärtiger Debatten um Naturrecht, Gemeinwohl und politische Theologie; zweitens eine konstruktive Bestimmung demokratischer Ordnung als lernfähiger Raum öffentlicher Wahrheitsverantwortung. Wahrheit wirkt in diesem Verständnis nicht durch Zwang, sondern durch Argument, Gewissensbildung und institutionelle Selbstbegrenzung. Die Zukunft demokratischer Gesellschaften wird sich nicht allein an ökonomischen oder sicherheitspolitischen Faktoren entscheiden. Sie hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, Orientierung und Freiheit in ein produktives Verhältnis zu setzen. „Wahrheit ohne Zwang“ bezeichnet kein Kompromissprogramm, sondern eine anspruchsvolle Balance: die Anerkennung normativer Tiefe bei gleichzeitiger Achtung politischer Offenheit. Von hier aus entfaltet sich die folgende Untersuchung – im Gespräch mit theologischen, philosophischen und politikwissenschaftlichen Positionen – als Beitrag zu einer Ordnung, die Substanz besitzt, ohne ihre Freiheit zu verlieren.

Integralismus bezeichnet eine politische und religiöse Strömung, die Religion und Staat als untrennbare Einheit versteht. Er entstand vor allem im katholischen Kontext des 19. und frühen 20. Jahrhunderts – als Reaktion auf Liberalismus, Säkularisierung und moderne Demokratie. Ich versuche, das strukturiert und nüchtern darzustellen – mit Blick auf Fragehorizonte von Religion, Politik und gesellschaftlicher Ordnung.

1. Grundgedanke des Integralismus

Integralismus geht davon aus, dass religiöse Wahrheit objektiv gegeben ist und normative Geltung auch für politische Ordnung besitzt. Diese Wahrheit beschränkt sich nicht auf den Bereich persönlicher Frömmigkeit oder kirchlicher Praxis, sondern beansprucht Maßgeblichkeit für Recht, Staat und gesellschaftliche Gestaltung insgesamt. Der Staat soll sich an dieser Wahrheit ausdrücklich ausrichten; religiöser Autorität kommt dabei eine leitende Funktion zu. „Integral“ bedeutet in diesem Zusammen-

hang, dass geistliche und weltliche Sphäre zwar unterschieden, jedoch nicht unabhängig voneinander gedacht werden. Beide stehen unter derselben religiösen Letztbegründung. Politik, Ethik, Bildung und Kultur sollen nicht neutral neben dem Glauben stehen, sondern in einer einheitlichen Wahrheitsordnung verankert sein. Der entscheidende Punkt liegt somit nicht in einer organisatorischen Vermischung von Kirche und Staat, sondern in der Frage nach der letzten normativen Instanz: Im integralistischen Denken besitzt religiöse Wahrheit strukturelle Vorrangstellung gegenüber politischer Autonomie.

2. Systematische Abgrenzung

Das traditionelle evangelische Staatsverständnis setzt hier anders an. Es unterscheidet zwischen geistlicher und weltlicher Ordnung. Der Staat ist eine weltliche Ordnungsform zur Sicherung von Recht und Frieden. Er trägt keine Heilsfunktion und wird nicht als institutioneller Ausdruck religiöser Wahrheit verstanden. Religiöse Überzeugungen wirken im Gewissen und im Handeln der Bürgerinnen und Bürger, nicht als strukturprägende Norm staatlicher Macht. Mein Ansatz geht einen weiteren Schritt. Er hält an der Wirklichkeit von Wahrheit fest, verzichtet jedoch auf ihre institutionelle Verankerung im Staat. Wahrheit wirkt orientierend, nicht durchsetzungsförmig. Sie entfaltet ihre Kraft im Gewissen, im argumentativen Austausch und in der öffentlichen Verantwortung. Demokratie bleibt ein lernfähiger Rechtsrahmen, der moralische Substanz benötigt, aber keine sakrale Letztbegründung trägt. Der Unterschied liegt nicht in der Frage, ob Wahrheit existiert, sondern darin, wie sie politisch wirksam wird: Integralismus strukturiert politische Ordnung aus religiöser Wahrheit heraus; das evangelische Modell begrenzt staatliche Macht theologisch; der hier vertretene Ansatz verbindet normative Orientierung mit institutioneller Differenz.

Übergang: Von der Wahrheit zur politischen Ordnung – eine historische Lektion

Die Frage nach dem Verhältnis von Wahrheit und Staat ist nicht abstrakt entstanden. Sie ist das Ergebnis blutiger europäischer Erfahrung. Der moderne demokratische Rechtsstaat ist aus politischer Katastrophe, nicht aus metaphysischer Theorie geboren worden. Der Dreißigjährige Krieg (1618–1648) zeigte mit verheerender Deutlichkeit, wohin es führt, wenn religiöse Wahrheitsansprüche unmittelbar politische Ordnung strukturieren. Konfessionelle Wahrheit wurde zur Legitimation militärischer Macht. Europa verwüstete sich im Namen Gottes. Der Westfälische Friede markierte deshalb einen ordnungspolitischen, keinen theologischen Fortschritt. Er leitete eine schrittweise Entflechtung religiöser Letztansprüche und staatlicher Macht ein. Der Staat sollte Frieden sichern, nicht Heil verwalten. Hinzu kam die monarchische Herrschaft „von Gottes Gnaden“, wie sie etwa im Haus Habsburg ausgeprägt war. Hier legitimierte Transzendenz unmittelbare politische Autorität. Souveränität wurde sakral unterlegt. Der Monarch regierte nicht nur kraft dynastischen Rechts, sondern kraft göttlicher Einsetzung. Demokratie entstand historisch als Gegenbewegung zu dieser Sakralisierung von Macht. Sie verlegte die Legitimation politischer Ordnung vom Himmel in das Verfahren, von der Offenbarung in die Zustimmung, von der göttlichen Setzung in die institutionelle Begrenzung. Die kantische Wende markiert philosophisch, was politisch längst begonnen hatte: Autonomie ersetzt sakrale Hierarchie. In diesem historischen Licht wird verständlich, warum moderne Demokratien auf institutioneller Differenz bestehen. Nicht weil sie Wahrheit leugnen, sondern weil sie Macht begrenzen wollen.

Zur Frage kirchlicher Vorbilder

Innerhalb evangelischer Debatten wird die anglikanische Kirche als gelungenes Modell kirchlicher Präsenz im Staat gewürdigt. Tatsächlich verbindet sie historische Kontinuität, liturgische Stabilität und nationale Identitätsfunktion. Doch strukturell bleibt sie eine Staatskirche. Ihre institutionelle Verflechtung mit politischer Souveränität entspricht einem anderen historischen Modell als dem kontinentalen reformatorischen Freiheitsimpuls. Wer aus der Erfahrung konfessioneller Machtkämpfe und obrigkeitlicher Herrschaft argumentiert, wird institutionelle Distanz zwischen Kirche und Staat nicht als Defizit, sondern als Gewinn verstehen. Die Frage lautet daher nicht, ob Religion öffentlich wirken darf. Sie lautet, ob sie strukturell-politische Letztinstanz sein soll. Hier entscheidet sich die Differenz zwischen historischer Sakralmacht und moderner Demokratie. Die Unterschiede lassen sich in struktureller Form wie folgt zusammenfassen:

Strukturvergleich der Modelle

Kategorie	Integralismus	Traditionell evangelisch	mein Ansatz
Letztbegründung	religiöse Offenbarung normiert Staat	Gott wirkt in geistlicher und weltlicher Ordnung verschieden	Wahrheit orientiert → normiert aber nicht institutionell
Verhältnis Kirche–Staat	innere normative Einheit	Unterscheidung der Ordnungen	institutionelle Differenz und öffentlicher Diskurs
Rolle der Wahrheit	politisch leitend	im Gewissen bindend	argumentativ wirksam
Funktion des Staates	Ausdruck religiöser Wahrheit	Sicherung von Recht und Frieden	lernfähiger Rechtsrahmen
Umgang mit Pluralität	ordnungsbedürftig	auszuhalten	konstitutiv „zeitgemäß reflektiert“
Gefahr	Sakralisierung von Macht	moralische Zurückhaltung	Relativismus (wenn Substanz fehlt)

Die Tabelle zeigt, dass der Unterschied in der Weise seiner politischen Vermittlung, nicht im Wahrheitsbegriff selbst liegt. Während der Integralismus Wahrheit strukturell-politisch verankert, bleibt sie im evangelischen und im hier in meinem vertretenen Ansatz auf Gewissen und Diskurs bezogen. Demokratie entsteht nicht aus Wahrheitsverzicht, sondern aus Machtbegrenzung.

Zweite Tabelle: Wahrheit und Macht

Leitfrage	Integralismus	Traditionell evangelisch	mein Ansatz
Darf religiöse Wahrheit staatliche Ordnung normieren?	Ja, strukturell	Indirekt über Gewissen	nur argumentativ
Wo wird Wahrheit politisch wirksam?	Institutionell	persönlich-ethisch	öffentlich-diskursiv
Verhältnis von Wahrheit und Macht	Wahrheit darf Macht leiten	Macht steht unter Gottes Vorbehalt	Macht bleibt verfahrensgebunden
Rolle des Staates	Träger religiöser Ordnung	Sicherung von Recht und Frieden	Neutraler Rechtsrahmen mit moralischer Offenheit
Grenze staatlicher Autorität	durch religiöse Wahrheit bestimmt	durch göttlichen Vorbehalt relativiert	durch Verfassung und Diskurs begrenzt
Gefährdungspotenzial	Sakralisierung politischer Macht	moralische Zurückhaltung	normative Erosion bei Substanzverlust

Deutungsabschnitt - Interpretation

Diese Gegenüberstellung verdeutlicht, dass der Unterschied nicht im Anspruch auf Wahrheit liegt, sondern in ihrer politischen Vermittlung. Integralismus verbindet Wahrheit strukturell mit staatlicher Macht. Das evangelische Modell relativiert Macht theologisch. Mein Ansatz verlegt die Wirksamkeit von Wahrheit in Gewissen, Öffentlichkeit und argumentativen Austausch. Demokratie entsteht nicht durch Wahrheitsverzicht, sondern durch institutionelle Selbstbegrenzung.

Demokratie als Ergebnis der Machtbegrenzung

Demokratie ist historisch nicht aus metaphysischer Einigkeit entstanden, sondern aus der Erfahrung zerstörerischer Machtkonzentration. Die europäischen Religionskriege, insbesondere der Dreißigjährige Krieg, zeigten mit brutaler Deutlichkeit, dass religiöse Letztansprüche, sobald sie sich unmittelbar mit politischer Gewalt verbinden, gesellschaftliche Ordnung gefährden, nicht sichern. Wo

Wahrheit zur staatlichen Durchsetzungsinstanz wird, entsteht Konfessionalisierung der Macht, kein Frieden. Hinzu trat die monarchische Herrschaft „von Gottes Gnaden“, wie sie in Europa – etwa im habsburgischen Raum – über Jahrhunderte prägend war. Politische Autorität bezog ihre Legitimation aus Transzendenz. Souveränität wurde sakral überhöht. Gerade diese Verbindung von religiöser Letztbegründung und politischer Entscheidungsgewalt machte Macht kaum kontrollierbar. Die moderne Demokratie entstand als strukturelle Antwort auf diese Erfahrungen. Sie verlegte Legitimität vom sakralen Ursprung in das Verfahren. Nicht Offenbarung, sondern Zustimmung; nicht göttliche Einsetzung, sondern verfassungsrechtliche Bindung; nicht metaphysische Wahrheit, sondern institutionelle Begrenzung wurde zum Fundament politischer Ordnung. Demokratie bedeutet daher Machtbegrenzung, nicht Wahrheitsverzicht. Sie trennt die Frage nach dem Guten von der Frage nach der Durchsetzung. In dieser Differenz liegt ihre historische und normative Stärke.

Warum Kant ohne politische Theokratie denkbar ist – aber nicht ohne moralische Tiefe

Mit der kantischen Wende erhält diese Entwicklung ihre philosophische Grundlegung. Bei Immanuel Kant wird die Autonomie der praktischen Vernunft zum Fundament moralischer Geltung. Der Mensch ist nicht Objekt göttlicher Herrschaft, sondern Subjekt verantwortlicher Selbstgesetzgebung. Politische Ordnung darf deshalb keine metaphysische Wahrheit erzwingen; sie hat die Freiheit der Vernunft zu schützen. Gerade darin liegt die Absage an jede politische Theokratie. Der Staat ist Rechtsstaat, nicht Heilsordnung. Moralische Überzeugung darf nicht in staatliche Zwangsgewalt übersetzt werden.

Doch Kant ist keineswegs Vertreter einer normativen Leere. Autonomie bedeutet nicht Beliebigkeit. Sie setzt die Fähigkeit voraus, sich an allgemein verantwortbaren Prinzipien auszurichten. Freiheit ist nur dort tragfähig, wo sie sich selbst moralisch bindet. Kant spricht deshalb von der Würde des Menschen als rational einsichtige Unverfügbarkeit, – nicht als religiöses Dogma. In diesem Sinn ist Kant ohne politische Theokratie denkbar, aber nicht ohne moralische Tiefe. Demokratie braucht keine sakrale Durchsetzungsmacht, wohl aber eine innere Verpflichtungsstruktur. Ohne Achtung vor Würde, Gerechtigkeit und Verantwortung verkommt Autonomie zur Willkür. Damit wird die entscheidende Frage sichtbar: Kann eine demokratische Ordnung die moralische Substanz bewahren, ohne sie institutionell zu sakralisieren? Die Antwort entscheidet darüber, ob Freiheit Bestand hat – oder ob sie erneut nach metaphysischer Absicherung verlangt.

Überleitung: Von Kant zu der von mir vertretenen Position

Die kantische Grundentscheidung schützt die Freiheit, indem sie Moral aus der Autonomie der Vernunft ableitet, nicht aus politischer Macht. Damit wird jede sakrale Legitimation staatlicher Durchsetzung zurückgewiesen. Zugleich bleibt die Frage offen, ob Autonomie allein die normative Tiefe trägt, die demokratische Ordnung benötigt. Hier setzt mein Ansatz an. Er nimmt die kantische Einsicht in die Unverfügbarkeit politischer Macht ernst und verteidigt die institutionelle Differenz von Religion und Staat. Zugleich hält er daran fest, dass Wahrheit mehr ist als ein bloßes Ergebnis prozeduraler Übereinkunft. Sie wirkt als orientierender Horizont, der das Gewissen bindet und den öffentlichen Diskurs vertieft, ohne in staatliche Letztbegründung übersetzt zu werden. So verbindet sich die Einsicht in die Begrenztheit politischer Macht mit der Anerkennung normativer Substanz. Transzendenz erscheint als vertiefende Dimension verantwortlicher Freiheit, nicht als Herrschaftsquelle. Demokratie bleibt Verfahren – doch sie lebt von einer moralischen Kultur, die sich nicht erzwingen lässt. In diesem Spannungsfeld zwischen Autonomie und Orientierung, zwischen institutioneller Differenz und normativer Tiefe, entfaltet sich die weitere Argumentation.

Würde als tragender Grund – in persönlicher Perspektive

Ich halte daran fest, dass demokratische Ordnung ohne eine tragfähige Vorstellung von Menschenwürde nicht bestehen kann. Verfahren allein tragen nicht. Mehrheiten genügen nicht. Auch institutionelle Sicherungen entfalten ihre stabilisierende Kraft nur dann, wenn sie von einer inneren Überzeugung begleitet werden, dass jeder Mensch unverfügbar ist. Für mich ist Würde kein bloßer juristischer Begriff. Sie bezeichnet die Einsicht, dass der Mensch niemals Mittel zum Zweck sein darf – weder religiös noch politisch noch ökonomisch. In dieser Überzeugung sehe ich eine tiefe Übereinstimmung mit der kantischen Moralphilosophie. Die Autonomie des Menschen ist Ausdruck von Verantwortung, nicht Selbsttermächtigung.

Zugleich erschöpft sich Würde für mich nicht in formaler Autonomie. Sie verweist auf einen Horizont, der größer ist als das Subjekt selbst. Ich verstehe diesen Horizont als transzendierende Dimension menschlicher Existenz. Er verpflichtet innerlich, ohne sich politisch erzwingen zu lassen. Darin liegt sein Unterschied zu jeder sakralisierten Staatsform. Ich möchte daher weder Wahrheit politisch institutionalisieren noch sie auf bloße Privatheit reduzieren. Wahrheit bindet das Gewissen. Sie vertieft Verantwortung. Aber sie darf nicht zur Durchsetzungsinstanz werden. Demokratie bleibt für mich der Raum, in dem diese Spannung produktiv gelebt wird: institutionell begrenzt, moralisch anspruchsvoll, geistig offen. So verstehe ich Würde als den tragenden Grund, der Freiheit trägt, ohne sie zu zwingen – und Transzendenz als jene Tiefe, die Orientierung schenkt, ohne Macht zu monopolisieren.

**Ordnung in der Autonomie nicht zur Beliebigkeit wird und Transzendenz nicht zur Macht wird
- beide einander begrenzen und vertiefen.**

2. Historische Ausprägungen des Integralismus

Französischer Integralismus

- Vertreter: Charles Maurras
- Bewegung: Action Française
- Nähe zu autoritären, monarchistischen Modellen
- Konflikte mit Rom; später kirchlich verurteilt (u.a. unter Pius X)

Hier verband sich katholischer Traditionalismus mit Nationalismus.

Iberischer Kontext

- Nähe zu autoritären Regimen
- Verbindung zu Francisco Franco
- Parallelen zum Estado Novo unter António de Oliveira Salazar

Religion wurde hier staatstragend und politisch funktionalisiert.

3. Theologische Grundannahmen

Integralismus basiert auf:

1. Vorrang der göttlichen Ordnung
2. Skepsis gegenüber individueller Gewissensfreiheit
3. Kritik am religiösen Pluralismus
4. Ablehnung einer strikten Trennung von Kirche und Staat

Er versteht Demokratie häufig als relativistisch.

4. Neuere Formen

In jüngerer Zeit taucht „integralistisches“ Denken wieder auf – besonders im angelsächsischen Raum (z. B. Debatten um „postliberal catholicism“). Beispiel: Adrian Vermeule: Plädiert für eine am Naturrecht orientierte Staatsordnung mit starkem moralischem Fundament. Diese neueren Varianten argumentieren subtiler und akademischer – sie sind keine direkten Wiederholungen der autoritären Modelle des 20. Jahrhunderts.

5. Politische Bewertung

Integralismus steht in Spannung zu:

- liberaler Demokratie
- Religionsfreiheit
- pluraler Gesellschaft
- individueller Autonomie

Er strebt eine normativ einheitliche Ordnung an.

6. Systematische Einordnung

Wenn man es politisch-theoretisch einordnet:

Modell	Verhältnis Religion–Staat
Laizismus	strikte Trennung
Liberalismus	funktionale Trennung mit Religionsfreiheit
Staatskirchentum	Kooperation
Integralismus	Vorrang religiöser Ordnung

7. Bezug zu meinem Denkansatz

In meiner Arbeit versuche ich Glauben und Wissen in einen dialogischen Zusammenhang zu bringen, gesellschaftlich verantwortlich und erkenntnistheoretisch reflektiert. Integralismus verfolgt einen anderen Weg: Er setzt Wahrheit voraus und ordnet Politik dieser vorausgesetzten Wahrheit unter. Meine Orientierung an Perspektivität, Prozessdenken (Whitehead) und sozialwissenschaftl. Reflexion steht in Spannung zu integralistischen Modellen, die eher mit geschlossenen Ordnungsvorstellungen arbeiten.

Integralismus vs. Politische Theologie (z. B. Carl Schmitt)

Kategorie	Integralismus	Politische Theologie (Schmitt)
Grundfrage	Soll der Staat ausdrücklich religiös fundiert sein?	Welche theologischen Strukturen wirken im Politischen fort?
Ziel	Konfessionell orientierte Ordnung	Souveränität klären
Verhältnis zur Kirche	Kirche als normative Instanz	Kirche nicht zwingend leitend
Wahrheitsanspruch	religiös-substantiell	strukturell-analog
Demokratieverständnis	kritisch gegenüber liberaler Neutralität	skeptisch gegenüber Liberalismus
Souveränität	Gott bzw. religiöse Wahrheit leitend	„Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“
Risiko	Sakralisierung politischer Ordnung	Autoritäre Entscheidungsmacht

Wichtig: Schmitt analysiert theologische Strukturen im Staat – er fordert nicht zwingend einen konfessionellen Staat. Integralismus hingegen zielt auf normative religiöse Durchdringung politischer Ordnung.

Integralismus und die Freiheitliche Partei Österreichs

Kategorie	Integralismus	FPÖ-Debatte in Österreich
Theologische Fundierung	explizit religiös	primär national-kulturell
Ziel	konfessionelle Ordnung	nationale Souveränität
Bezug auf Christentum	substantiell-dogmatisch	identitätspolitisch-symbolisch
Verhältnis zur Kirche	kirchliche Autorität relevant	distanziert bis selektiv
Naturrecht	zentral	selten systematisch
Demokratieverständnis	normativ umzuformen	formal bejaht, kritisch gegenüber Eliten

Analytische Einordnung: Es existieren rhetorische Berührungspunkte (Leitkultur, Antiliberalismus), jedoch keine systematische integralistische Agenda im österreichischen Parteiensystem.

Integralismus im Vergleich zum evangelischen Staatsverständnis

Kategorie	Integralismus (katholisch geprägt)	Evangelisches Staatsverständnis
Grundstruktur	Einheit von religiöser Wahrheit und Staat	Unterscheidung geistlicher und weltlicher Ordnung
Rolle der Kirche	normative Führungsinstanz	Zeugnismgemeinschaft
Staat	moralisch-konfessionell ausgerichtet	weltliche Ordnungsform
Legitimität	aus objektiver Wahrheit	aus Verantwortung und Recht
Machtverständnis	religiös orientierbar	begrenzt, kontrollbedürftig
Pluralismus	problematisch	auszuhalten

Das evangelische Modell tendiert strukturell zu institutioneller Differenzierung – nicht zu sakraler Staatsform.

Integralismus und Naturrecht

Kategorie	Integralistische Auslegung	Klassisches Naturrecht
Quelle	göttliche Ordnung	Vernunftzugängliche Sittenordnung
Vermittlung	kirchliche Tradition	anthropologische Reflexion
Politische Funktion	Grundlage staatlicher Ordnung	ethische Orientierung
Verhältnis zur Demokratie	kritisch bei liberaler Neutralität	kompatibel mit Verfassungsstaat
Gemeinwohl	substantiell definiert	vernunftethisch diskutierbar
Risiko	Verabsolutierung	moralische Verengung

Nicht jedes Naturrechtsdenken ist integralistisch.

Integralismus ist eine spezifische politische Zuspitzung naturrechtlicher Argumentation.

Gesamtsynthese

Spannungsfeld	Demokratische Herausforderung
Wahrheit	darf orientieren, nicht monopolisieren
Staat	braucht moralische Substanz
Religion	öffentlich argumentierend
Macht	institutionell begrenzt
Pluralität	strukturell gesichert

Im Gespräch“-Sendung Ö1 25.02.2026 - Neointegralistische Strömungen

Neointegralistische Strömungen bezeichnen neuere Versuche, Religion und politische Ordnung wieder enger zu verzahnen. Anders als der historische Integralismus des 19./20. Jahrhunderts treten diese Ansätze heute meist akademisch, juristisch und philosophisch auf – weniger parteipolitisch organisiert, stärker theoriegeleitet. Ich skizziere die wichtigsten Linien.

1. Wer spricht hier? - Genannt werden:

- Judith Fürst
- **Michaela Quast-Neulinger**
- Institut für Systematische Theologie, Universität Innsbruck

Quast-Neulinger arbeitet im Bereich politischer Theologie und Rechtsextremismusforschung – sie analysiert religiöse Ideologien in politischen Kontexten.

2. Zentrale Vorwürfe im Text: - drei starke Thesen:

1. Vernetzung bis in hohe politische Kreise (USA–Europa)
2. Bestrebungen, demokratische Regierungen durch einen Konfessionsstaat zu ersetzen
3. Verbindung zum Rechtsextremismus

Das ist eine sehr zugespitzte Formulierung – journalistisch pointiert.

3. Differenzierung: Was ist belegt, was ist Debattenfrage?

A) Gibt es transatlantische Netzwerke?

Ja – es gibt:

- konservativ-katholische Thinktanks
- juristische Zirkel (z. B. im Umfeld von Adrian Vermeule)
- internationale Konferenzen

Aber: „Vernetzung“ bedeutet nicht automatisch koordinierte politische Umsturzstrategie.

Oft handelt es sich um ideologische Nähe oder Austauschforen.

B) Wollen Neointegralisten einen Konfessionsstaat?

In Teilen der Bewegung gibt es tatsächlich Texte, die:

- die liberale Neutralität des Staates kritisieren
 - eine explizite Ausrichtung am katholischen Naturrecht fordern
 - langfristig eine konfessionell geprägte Ordnung denken
- Allerdings:

- Viele argumentieren innerhalb bestehender Verfassungsstrukturen.
 - Der Begriff „Konfessionsstaat“ wird von ihnen selbst selten so offen verwendet.
- Es gibt also Spannbreite – von akademischer Systemkritik bis zu radikaleren Entwürfen.

C) Verbindung zum Rechtsextremismus?

Hier ist größte Vorsicht nötig. Man kann unterscheiden:

Ebene	Sachlage
Theologische Debatte	eigenständig
Politische Kulturkritik	teilweise Überschneidung
Rechtsextreme Ideologie	völkisch, ethnisch exklusiv

Überschneidungen können entstehen bei:

- Antiliberalismus
- Elitenkritik
- Kulturkampfrhetorik

Aber: Nicht jeder Integralist ist rechtsextrem, nicht jeder Rechtsextreme ist religiös motiviert.

Die Übergänge sind diskursiv – nicht identisch.

1. Kontext: Warum taucht das wieder auf?

Neointegralistische Debatten entstehen vor allem als Reaktion auf:

- kulturellen Relativismus
- Individualisierung
- moralische Fragmentierung westlicher Gesellschaften
- Vertrauensverlust in liberale Institutionen

Die These lautet:

Der liberale Staat sei normativ ausgehöhlt; er benötige eine substanzielle moralische Grundlage.

2. USA – postliberaler Katholizismus

Zentrale Figur: Adrian Vermeule. Er spricht von „common good constitutionalism“. Kernidee: Das Recht solle sich ausdrücklich am „Gemeinwohl“ orientieren – verstanden im Sinne klassischer Naturrechtslehre. Wichtig:

- Keine explizite Theokratie
- Aber normative Vorrangstellung objektiver moralischer Wahrheit
- Skepsis gegenüber radikalem Individualismus

Diese Strömung bewegt sich im akademischen Raum (Harvard, katholische Think Tanks, juristische Debatten).

3. Frankreich – traditionalistische Intellektualität

Hier findet sich eine Mischung aus:

- katholischem Traditionalismus
- kulturpessimistischen Diagnosen
- Zivilisationsdebatten

Teilweise in Nähe zu Denkern wie:

- Renaud Camus

Allerdings ist nicht jeder französische Kulturkritiker integralistisch; die Übergänge sind fließend.

4. Theologische Grundstruktur

Neointegralismus unterscheidet sich vom historischen Modell durch:

Historischer Integralismus	Neointegralismus
Monarchistisch geprägt	demokratische Form bleibt
kirchlich autoritär	akademisch argumentierend
klar institutionell	diskursiv-intellektuell
staatskirchliche Nähe	moralphilosophische Begründung

Gemeinsam bleibt jedoch:

- Objektive sittliche Ordnung
 - Vorrang gemeinsamer Wahrheit vor individueller Selbstbestimmung
 - Kritik an liberaler Neutralität
-

5. Politisch-theoretische Einordnung

Neointegralismus bewegt sich zwischen:

- politischer Theologie (Carl Schmitt-Traditionen)
- Naturrecht
- Postliberalismus
- konservativem Kommunitarismus

Er will den liberalen Staat nicht zerstören, sondern normativ umformen.

6. Österreichischer Kontext

In Österreich existiert kein klar organisiertes neointegralistisches Lager. Jedoch:

- Kulturkämpferische Rhetorik
- Betonung „christlicher Leitkultur“
- Skepsis gegenüber pluraler Ethik

Solche Motive können Anknüpfungspunkte bieten, etwa im Umfeld konservativer oder rechtspopulistischer Diskurse (z. B. im Umfeld der Freiheitliche Partei Österreichs). Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Partei integralistisch wäre – vielmehr bestehen punktuelle ideologische Schnittmengen im Bereich Ordnung, Identität und kultureller Homogenität.

7. Theologisch-philosophische Bewertung im Ansatz meiner Denkbewegung

Meine Orientierung – perspektivisch, prozessual, sozialwissenschaftlich reflektiert – bewegt sich in einem offenen Modell:

- Wahrheit als erschließbar, aber perspektivisch
- Glaube als dialogisch
- gesellschaftliche Ordnung als lernfähig

Neointegralismus hingegen arbeitet mit:

- stärker fixierten Wahrheitsansprüchen
- normativer Vorrangigkeit einer metaphysisch begründeten Ordnung
- Skepsis gegenüber pluraler Deutungsvielfalt

Damit entsteht eine erkenntnistheoretische Differenz, weniger nur eine politische.

Theologisch-politische Tiefenstruktur

Neointegralismus stellt eine Grundfrage: Kann eine Demokratie dauerhaft ohne substantielle Wahrheit bestehen? Die liberale Antwort lautet: Pluralität und Verfahren sichern Freiheit. Die integralistische Antwort lautet: Ohne objektive sittliche Grundlage zerfällt Ordnung.

Hier liegt die eigentliche Konfliktlinie.

In Bezug auf meine Denkbewegung
Ich arbeite:

- erkenntnistheoretisch reflektiert
- mit Perspektivität
- mit sozialwissenschaftlicher Sensibilität
- mit Prozessdenken

Neointegralismus arbeitet:

- metaphysisch stärker fixiert
- mit Vorrang normativer Wahrheit
- skeptisch gegenüber pluraler Ethik

Damit liegt der Unterschied epistemologisch, weniger politisch.

Das Thema ist komplex – und ich möchte solche Fragen nicht oberflächlich betrachten:

- Handelt es sich hier um reale Gefahr oder mediale Dramatisierung?
 - Wie unterscheidet man legitime Religionskritik des Liberalismus von autoritärem Denken?
 - Was bedeutet das für Österreich konkret?
 - Wie würde ein zeitgemäß reflektiertes evangelisches Staatsverständnis darauf antworten?
- Was beschäftigt mich an der Ö1 Sendung am meisten?
-

1. Gibt es eine reale Gefahr – oder mediale Dramatisierung?

Die ehrliche Antwort lautet: beides spielt eine Rolle.

Real vorhanden ist:

- Ein intellektuelles Netzwerk katholisch-konservativer Denker
- Internationale Konferenzen, Thinktanks, juristische Zirkel
- Explizite Kritik am Liberalismus
- Texte, die eine an Naturrecht orientierte Staatsordnung fordern

Diese Debatten sind dokumentiert, besonders in den USA und teilweise in Frankreich, Italien, Polen. Dramatisierend wirkt:

- Der Begriff „Konfessionsstaat“ wird journalistisch zugespitzt.
- Eine einheitliche, koordinierte „Bewegung“ existiert so geschlossen nicht.
- Viele Vertreter bewegen sich innerhalb demokratischer Verfahren.

2. Wollen Neointegralisten demokratische Regierungen ersetzen?

Hier muss man unterscheiden:

Radikalere Positionen

Einige Autoren denken langfristig:

- Der Staat soll ausdrücklich auf katholischer Wahrheit beruhen.
- Liberalismus gilt als Übergangsphase.
- Pluralismus wird als Problem verstanden.
Das kann theoretisch zu einem Konfessionsstaat führen.

Akademisch-postliberale Positionen

Andere – etwa im Umfeld des „common good constitutionalism“ – argumentieren:

- Demokratie bleibt formal erhalten.
- Aber Gerichte, Verwaltung und Gesetzgebung sollen sich explizit am „Gemeinwohl“ orientieren.
- Dieses Gemeinwohl wird naturrechtlich definiert.

Das ist keine Revolution, sondern eine normative Umdeutung.

3. Verbindung zum Rechtsextremismus – wie ernst ist das?

Hier ist Differenzierung zwingend.

Keine Gleichsetzung

- Integralismus ist primär theologisch-naturrechtlich.
- Rechtsextremismus ist völkisch-nationalistisch.

Das sind unterschiedliche Ideologiequellen.

Mögliche Schnittmengen

- Antiliberalismus
- Kritik an „Eliten“
- Betonung kultureller Homogenität
- Ablehnung radikaler Individualisierung

Wo diese Diskurse sich überlagern, entstehen Anschlussstellen.

Gefährlich wird es dort, wo:

- religiöse Wahrheit mit ethnischer Identität verschmilzt,
- demokratische Verfahren delegitimiert werden,
- politische Macht sakralisiert wird.

Aber pauschale Gleichsetzungen sind analytisch unpräzise.

4. USA–Europa: Wie stark ist die Vernetzung?

Es gibt:

- internationale katholische Konferenzen
- juristische Netzwerke
- mediale Plattformen
- transatlantische Diskursräume

In den USA wirkt das stärker, weil:

- Religion dort politisch präsenter ist,
- der Supreme Court kulturpolitisch zentral wirkt,

- konservative katholische Intellektuelle im Staatsapparat vertreten sind.

In Europa ist die Szene kleiner und intellektueller. Von einer koordinierten Umsturzstrategie zu sprechen, wäre überzogen.

5. Politisch-theoretische Kernfrage

Das eigentliche Problem lautet:

Ist liberale Demokratie normativ neutral – oder braucht sie eine verbindliche Wahrheit?

Liberaler Position: Verfahren sichern Freiheit. Pluralität wird geschützt. Wahrheit entsteht im Diskurs.

Integralistische Position: Wahrheit ist vorausgesetzt. Der Staat darf sich nicht neutral verhalten. Moralische Substanz muss politisch durchgesetzt werden.

Das ist eine Grundsatzfrage politischer Philosophie.

6. Österreich konkret

In Österreich:

- Keine geschlossene integralistische Bewegung.
- Keine relevante konfessionelle Staatsagenda.
- Aber kulturkämpferische Diskurse existieren.

Im Umfeld konservativer oder rechtspopulistischer Parteien (etwa der Freiheitlichen Partei Österreichs) tauchen Motive wie „christliche Leitkultur“ auf. Doch:

- Diese sind meist identitätspolitisch, nicht theologisch-systematisch.
- Der österreichische Katholizismus ist institutionell stark staatskooperativ und pluralitätsfähig.

Ein echter Konfessionsstaat ist politisch derzeit unrealistisch.

7. Theologische Tiefenbewertung

Hier wird es für mich besonders interessant. Ich vertrete:

- Perspektivität
- Prozessdenken (Whitehead)
- erkenntnistheoretische Sensibilität
- dialogische Offenheit
- Verbindung von Glaube und Wissen

Neointegralismus hingegen:

- operiert mit stärker fixierter metaphysischer Wahrheit
- priorisiert objektive Ordnung über Diskurs
- misstraut pluraler Ethik

Der Konflikt liegt epistemologisch, weniger politisch.

Meine Grundfrage lautet: Wie kann Orientierung entstehen, wenn Perspektivität ernstgenommen wird?

Integralismus antwortet: Indem Wahrheit normativ gesetzt wird.

Ich antworte eher: Indem Wahrheit dialogisch erschlossen wird. Das ist eine tiefgreifende Differenz.

8. Ist Neointegralismus eine legitime Kritik des Liberalismus?

Ja – in einem Punkt. Der Liberalismus hat reale Probleme:

- normative Entleerung
- moralische Fragmentierung

- soziale Vereinsamung
- Sinnkrisen

Integralistische Denker benennen diese Schwächen.

Problematisch wird es dort, wo:

- Komplexität durch autoritäre Vereinfachung ersetzt wird,
- religiöse Wahrheit politisch monopolisiert wird,
- Macht sakral legitimiert wird.

9. Gefahrenanalyse

Gefährlich wird eine Bewegung, wenn:

1. Sie Demokratie als illegitim darstellt.
2. Sie politische Gegner moralisch delegitimiert.
3. Sie pluralen Diskurs als Zerfall diffamiert.
4. Sie staatliche Gewalt religiös rechtfertigt.

Davon sind viele neointegralistische Intellektuelle entfernt – einige Randfiguren nähern sich solchen Positionen.

10. Meine Antwort

Ein zeitgemäß reflektiertes evangelisches Staatsverständnis kann sagen:

- Der Staat braucht ethische Orientierung.
- Diese Orientierung speist sich aus religiösen, philosophischen und humanistischen Quellen.
- Keine dieser Quellen darf monopolisiert werden.
- Wahrheit beansprucht, aber erzwingt sich nicht.

Das ist weder liberal-beliebig noch integralistisch-fixiert.

Historischer Integralismus vs. Neointegralismus

Dimension	Historischer Integralismus (19./frühes 20. Jh.)	Neointegralistische Strömungen (21. Jh.)
Politische Form	Monarchisch oder autoritär geprägt	Demokratische Formen bleiben formal bestehen
Staatsverständnis	Vorrang kirchlicher Autorität	Staat soll am „Gemeinwohl“ (Naturrecht) ausgerichtet werden
Argumentationsstil	kirchenamtlich, apologetisch	juristisch, akademisch, philosophisch
Verhältnis zu Liberalismus	offene Ablehnung	systematische Kritik, „postliberal“
Gesellschaftsbild	konfessionelle Homogenität	kulturelle Kohärenz durch moralische Substanz
Zielperspektive	expliziter Konfessionsstaat	normativ religiös fundierte Staatsordnung

Liberalismus vs. Neointegralismus

Grundfrage	Liberal-demokratisches Modell	Neointegralistisches Modell
Quelle politischer Legitimität	Volkssouveränität	objektive sittliche Ordnung
Wahrheitsverständnis	plural, diskursiv	objektiv, naturrechtlich fundiert
Rolle des Staates	neutraler Ordnungsrahmen	moralisch orientierende Instanz
Religionsfreiheit	individueller Grundwert	anerkannt, aber relativiert
Pluralismus	konstitutiv	problematisch
Gesetzgebung	Ergebnis politischer Verfahren	am Gemeinwohl auszurichten

Neointegralismus und Rechtsextremismus – Differenzierung

Ebene	Neointegralismus	Rechtsextremismus	Schnittmengen
Ideologischer Kern	Naturrechtlich-theologisch	ethnisch-völkisch	Antiliberalismus
Staatsbild	moralisch orientierter Staat	autoritärer Nationalstaat	Kritik an liberaler Demokratie
Identitätsbezug	religiös	ethnisch-kulturell	Kulturkampf-Rhetorik
Verhältnis zu Gewalt	primär diskursiv	teilweise legitimierend	Radikalisierung möglich
Ziel	moralische Ordnung	ethnische Homogenität	Elitenkritik

Wichtig: analytische Überschneidungen ≠ Identität.

USA – Europa – Österreich

Region	Ausprägung	Politische Wirkung	Institutionelle Einbindung
USA	stark akademisch-juristisch	Debatten im Umfeld konservativer Kreise	Thinktanks, juristische Netzwerke
Frankreich	intellektuell-kulturkritisch	begrenzte parteipolitische Wirkung	Diskursiv
Polen/ Ungarn	stärker staatsnah	Nähe zu konservativen Regierungen	kirchlich-politische Kooperation
Österreich	fragmentarisch	kulturpolitische Rhetorik	keine geschlossene Bewegung

5. Erkenntnistheoretischer Kernkonflikt

Frage	Perspektivisches Modell (z. B. Prozessdenken)	Neointegralistisches Modell
Was ist Wahrheit?	erschließbar, perspektivisch	objektiv gegeben
Verhältnis Glaube–Politik	dialogisch	normativ leitend
Rolle der Geschichte	Prozess, Entwicklung	Ordnung mit stabiler Substanz
Umgang mit Differenz	produktiv	ordnungsbedürftig
Legitimität	entsteht im Diskurs	gründet in Wahrheit

6. Gefahren- und Potenzialanalyse

Aspekt	Potenzial	Risiko
Kritik am Liberalismus	moralische Rückbindung	autoritäre Verkürzung
Betonung des Gemeinwohls	soziale Kohärenz	Ausschluss Andersdenkender
Naturrechtliche Argumentation	ethische Orientierung	Verabsolutierung
Religiöse Fundierung	Sinnstiftung	Sakralisierung politischer Macht

Systematische Gesamtmatrix

Ebene	Integralistischer Impuls	Demokratische Herausforderung
Theologisch	Wahrheit als verbindliche Ordnung	Pluralität der Deutungen
Politisch	moralische Substanz des Staates	Verfahrenslegitimität
Gesellschaftlich	kulturelle Einheit	Diversität
Philosophisch	metaphysische Fundierung	erkenntnistheoretische Offenheit

- eine vertiefte Tabelle speziell zum evangelischen Staatsverständnis
- eine Risikoabschätzung für Österreich in Szenarienform
- eine systematisch-theologische Antwortmatrix
- Freikirchen einbeziehend

politisch, theologisch oder erkenntnistheoretisch
Gesamtmatrix auf politischer, theologischer und erkenntnistheoretischer Ebene.

1. Staatsverständnis im Vergleich

katholischer Neointegralismus – evangelisches Modell – Freikirchen – Liberalismus

Dimension	Neointegralismus (kath.)	Evangelisches Staatsverständnis	Freikirchliche Positionen	Libérale Demokratie
Verhältnis Kirche–Staat	Staat soll moralisch-konfessionell orientiert sein	Zwei-Reiche-Lehre: geistlich & weltlich unterschieden	meist strikte Trennung	institutionelle Neutralität
Quelle normativer Ordnung	Naturrecht + kirchliche Tradition	Schrift + Gewissen + Verantwortung	Bibelzentrierung, persönliche Bekehrung	Verfassung + Diskurs
Ziel gesellschaftlicher Ordnung	moralische Einheit	gerechte Ordnung bei bleibender Differenz	missionarische Präsenz in pluraler Gesellschaft	Freiheit + Verfahren
Haltung zum Pluralismus	kritisch	akzeptierend	ambivalent (je nach Ausprägung)	konstitutiv
Politische Macht	darf religiös orientiert werden	begrenzte, kontrollierte Macht	häufig staatskritisch	demokratisch legitimiert

2. Freikirchen differenziert betrachtet

Freikirchen sind kein homogener Block. Man muss unterscheiden:

Typ	Staatsverständnis	Verhältnis zu Demokratie	Risiko- oder Anschlussstellen
Evangelikale Mainstream-Gemeinden	Trennung von Kirche und Staat	demokratiebejahend	Kulturkampfrhetorik möglich
Charismatische Bewegungen	geistliche Erneuerung der Gesellschaft	unterschiedlich	„Seven-Mountain“-Denken (Einfluss auf Politik, Medien etc.)
Fundamentalistische Gruppen	Bibel als wörtliche Norm	ambivalent	autoritäre Gemeindestrukturen
Klassische Freikirchen (Baptisten etc.)	Religionsfreiheit zentral	historisch freiheitsorientiert	geringe Nähe zu Integralismus

Wichtig: Freikirchen lehnen in der Regel einen staatlichen Konfessionalismus ab, da sie selbst historisch unter Staatskirchen litten.

3. Neointegralismus vs. Freikirchlicher Einflussgedanke

Frage	Neointegralismus	Politischer Evangelikalismus
Ziel	katholisch geprägte Staatsordnung	christlich geprägte Gesellschaft
Methode	juristisch-naturrechtlich	kulturell-politische Mobilisierung
Staatsform	langfristig konfessionell denkbar	demokratische Instrumente
Verhältnis zur Macht	strukturell	aktivistisch
Gefahrenpotenzial	normativer Autoritarismus	Polarisierung

In den USA gibt es Überschneidungen zwischen katholischen Postliberalen und evangelikalen Akteuren – jedoch aus unterschiedlichen theologischen Traditionen.

4. Politische Szenarien (Österreich)

Szenario	Wahrscheinlichkeit	Beschreibung	Gefährdungspotenzial
A: Akademische Debatte bleibt marginal	hoch	Diskurse an Universitäten	gering
B: Kulturpolitische Allianz mit konservativen Parteien	mittel	Rhetorische Nähe	moderat
C: Konfessionelle Staatsagenda	sehr gering	institutionelle Umformung	strukturell gravierend, aber derzeit unrealistisch
D: Freikirchlicher Kulturkampf	punktuell	moralpolitische Mobilisierung	Polarisierung

Österreich ist stark staatskirchenrechtlich kooperativ geprägt.
Ein Konfessionsstaat widersprüche der politischen Kultur.

5. Theologische Tiefenmatrix

Grundfrage	Neointegralismus	Evangelische Theologie	Freikirchen
Wahrheit	objektiv, verbindlich	verbindlich, aber perspektivisch erschlossen	bibelzentriert
Offenbarung	kirchlich vermittelt	Schrift im Gewissensdialog	persönliche Bekehrung
Geschichte	Ordnung mit Substanz	Prozess, Vorläufigkeit	Endzeitorientierung (teils)
Gemeinde	Teil einer gesellschaftlichen Ordnung	Zeugnismgemeinschaft	missionale Gemeinschaft
Staat	moralischer Garant	Ordnungsrahmen	säkulare Arena

6. Erkenntnistheoretischer Vergleich

Modell	Wahrheit	Legitimität	Differenz
Integralistisch	metaphysisch gesichert	von Wahrheit her	zu ordnen
Evangelisch (zeitgemäß reflektiert)	dialogisch erschlossen	im Gewissensraum	auszuhalten
Freikirchlich	biblisch eindeutig	aus Glaubensgehorsam	missionarisch zu überwinden
Liberal	prozedural	durch Verfahren	strukturell geschützt

7. Risikoanalyse religiöser Autoritarismus

Faktor	Kath. Integralismus	Evangelikale Radikalisierung	Freikirchliche Abschottung
Sakralisierung von Macht	möglich	selten systematisch	gering
Dämonisierung politischer Gegner	vereinzelt	stärker möglich	innergemeindlich
Demokratiekritik	theoretisch	kulturell	selten staatsbezogen
Internationalisierung	stark (USA–Europa)	stark (USA global)	missionsbasiert

8. Meine theologische Perspektive – zeitgemäß reflektierter Glaube - im Vergleich

Merkmal meines Ansatzes	Wirkung
Prozessdenken	verhindert statische Ordnungsideologie
Perspektivität	schützt vor Wahrheitsmonopol
sozialwissenschaftliche Reflexion	entideologisiert
dialogisches Verständnis	stabilisiert Demokratie
ethische Substanz	vermeidet Beliebigkeit

Damit entsteht ein dritter Weg: Verantwortete Orientierung bei Anerkennung von Differenz.
Weder liberal-beliebig noch konfessionell-fixierend.

9. Gesamtbewertung

Ein flächendeckender neointegralistischer Durchbruch in Europa erscheint unwahrscheinlich. Intellektuelle Netzwerke existieren real. Anschlussstellen zu rechtspopulistischen Diskursen sind möglich.

Freikirchen stellen eher eine kulturelle als staatsrechtliche Dynamik dar.

Die eigentliche Spannung = erkenntnistheoretisch – nicht parteipolitisch.

Analytische Tiefenmatrix speziell zur Frage: „Kann Demokratie ohne transzendente Fundierung bestehen?“

Ich strukturiere das als vertiefte Analyse in mehreren Tabellen – philosophisch, politisch, theologisch – und ziehe Neointegralismus, evangelische Theologie, Freikirchen und säkulare Theorie vergleichend heran.

1. Begriffsklärung

Begriff	Bedeutung
Demokratie	Herrschaft auf Grundlage von Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte
Transzendente Fundierung	Begründung politischer Ordnung in einer übergeschichtlichen, göttlichen oder metaphysischen Wahrheit
Immanente Fundierung	Begründung politischer Ordnung in Verfahren, Diskurs, Menschenrechten

Die Kernfrage lautet: Ist demokratische Ordnung dauerhaft stabil, wenn sie keine übergeordnete metaphysische Wahrheit voraussetzt?

2. Vier Grundmodelle politischer Fundierung

Modell	Begründung der Ordnung	Stabilitätsquelle	Risiko
Integralistisch	göttliche Wahrheit	objektive Moral	Autoritarismus
Naturrechtlich moderat	sittliche Grundstruktur des Menschen	anthropologische Konstanten	Verengung
Liberal-prozedural	Verfahren & Grundrechte	institutionelle Checks & Balances	normative Erosion
Kommunitaristisch	kulturelle Tradition	geteilte Werte	Ausschluss Andersdenkender

3. Neointegralistische Diagnose

Neointegralistische Denker argumentieren:

Diagnose	Argument
Liberalismus sei wertneutral	führe zu moralischer Auflösung
Pluralismus zerstöre Einheit	Gesellschaft verliere Bindungskraft
Individualismus unterminiere Gemeinwohl	Solidarität werde schwächer
Demokratie brauche Wahrheit	sonst werde sie relativistisch

Daraus folgt: Demokratie benötige transzendente Fundierung.

4. Liberale Gegenposition

Argument	Begründung
Demokratie lebt von Verfahren	Legitimität entsteht durch Beteiligung
Menschenrechte reichen aus	keine religiöse Begründung nötig
Pluralismus ist Stärke	Vielfalt erzeugt Resilienz
Wahrheit darf politisch nicht monopolisiert werden	Schutz vor Machtmissbrauch

Hier wird Stabilität institutionell gedacht, nicht metaphysisch.

5. Evangelisch-theologische Perspektive - Aus reformatorischer Sicht:

Kategorie	Antwort
Staat	weltliche Ordnung
Glaube	geistliche Dimension
Legitimität	Verantwortung vor Gott im Gewissen
Macht	begrenzt und fehlbar
Wahrheit	bindend, aber nicht erzwingbar

Demokratie braucht aus dieser Sicht:

- ethische Substanz
- Gewissensbildung
- Verantwortungsbewusstsein

Sie braucht jedoch keinen sakralisierten Staat.

6. Freikirchliche Perspektiven

Strömung	Demokratieverständnis	Transzendenzbezug
Klassisch-freikirchlich	Religionsfreiheit als Kern	Glaube persönlich
Evangelikal politisch	Gesellschaft moralisch prägen	biblische Norm
Charismatisch	geistliche Transformation	Einfluss auf kulturelle Sphären

Freikirchen benötigen keinen Konfessionsstaat – sie leben von Freiheit.

7. Stabilitätsanalyse

Was hält Demokratien faktisch zusammen?

Faktor	Transzendent notwendig?
Rechtsstaat	nein
Gewaltenteilung	nein
Verfassung	nein
Gemeinsame Werte	teilweise
Menschenwürde	umstritten (philosophisch begründbar)
Solidarität	kulturell getragen

Empirisch bestehen Demokratien auch ohne einheitliche religiöse Fundierung.

Aber: Sie benötigen eine moralische Kultur.

8. Tiefenfrage: Woher kommt Menschenwürde?

Hier entscheidet sich die Debatte.

Position	Begründung der Würde
Theologisch	Ebenbildlichkeit
Naturrechtlich	Wesensstruktur des Menschen
Kantisch	Vernunft & Autonomie
Liberal	konstitutioneller Konsens

Die demokratische Ordnung muss Würde begründen können – ob religiös oder philosophisch.

9. Gefahren beider Extreme

Extrem	Risiko
Transzendenzloser Relativismus	normative Beliebigkeit
Sakralisierte Politik	Machtmissbrauch

Stabile Demokratie bewegt sich dazwischen.

10. Synthese – Dritter Weg

Eine mögliche integrative Antwort: Demokratie kann ohne staatlich verordnete Transzendenz bestehen, aber nicht ohne kulturelle Tiefenüberzeugungen. Diese können:

- religiös sein
- philosophisch-humanistisch sein
- historisch gewachsen sein

Wesentlich ist:

- Keine Wahrheit wird staatlich monopolisiert.
- Religiöse Stimmen dürfen öffentlich argumentieren.
- Macht bleibt kontrolliert.

11. In meiner Perspektive – meinem Ansatz „Glaube – Wissen“ gedacht

Mein Ansatz – prozessual, erkenntnistheoretisch reflektiert – kann formulieren:

- Wahrheit wirkt orientierend.
- Sie legitimiert sich dialogisch.
- Demokratie bleibt lernfähig.
- Transzendenz inspiriert – sie erzwingt nicht.

Das ist eine politische Theologie ohne Integralismus.

12. Schlussmatrix

Frage	Antwort
Kann Demokratie ohne Transzendenz bestehen?	Ja, institutionell
Kann sie ohne moralische Substanz bestehen?	Nein
Muss diese Substanz staatlich religiös sein?	Nein
Dürfen religiöse Stimmen sie mitprägen?	Ja

Gehen wir als nächsten Schritt noch tiefer:

Eine systematische erkenntnistheoretische Begründung,
eine Szenarioanalyse „Europa 2040 – mit und ohne Transzendenz“

zuerst erkenntnistheoretisch, dann in einer Zukunftsprojektion. Ich formuliere klar strukturiert, analytisch und systematisch.

TEIL I

Erkenntnistheoretische Begründung demokratischer Ordnung

1. Grundproblem

Demokratie setzt voraus:

- Gleichheit der Bürger
- Menschenwürde
- legitime Entscheidungsverfahren
- Anerkennung von Differenz

Aber: Wie lassen sich diese normativen Setzungen begründen, wenn keine transzendente Instanz vorausgesetzt wird?

2. Vier erkenntnistheoretische Modelle

Modell	Wahrheitsverständnis	Begründungsform	Demokratiefähigkeit
Metaphysisch-objektiv	Wahrheit ist gegeben	Offenbarung/Naturrecht	hoch, aber exklusiv
Rational-universal	Vernunft erkennt Normen	transzendente Argumente	hoch
Diskursiv-prozedural	Wahrheit entsteht im Diskurs	kommunikative Rationalität	hoch, aber fragil
Relativistisch	Wahrheit perspektivisch beliebig	kulturell konstruiert	gering

Demokratie scheitert im radikalen Relativismus, sie wird autoritär im metaphysischen Absolutismus.

3. Die Würdefrage als Prüfstein

Begründung	Tragfähigkeit
Theologisch (Ebenbildlichkeit)	hoch innerhalb religiöser Gemeinschaft
Kantisch (Autonomie)	universal argumentierbar
Evolutionär	funktional, aber normativ schwach
Konsensual	abhängig von Mehrheiten

Erkenntnistheoretisch tragfähig erscheint eine Kombination:

- transzendentaler Vernunftargumentation
- historisch gewachsener Moraltradition

4. Demokratie als epistemisches Modell

Demokratie lässt sich selbst erkenntnistheoretisch verstehen:

Element	Epistemische Funktion
Pluralismus	Perspektivenvielfalt
Parlament	strukturierter Diskurs
Verfassungsgericht	normative Kontrolle
Öffentlichkeit	Kritikinstanz

Demokratie wird damit zu einem Verfahren kollektiver Wahrheitsannäherung.

5. Rolle von Transzendenz

Transzendenz kann:

- Würde vertiefen
- Verantwortung intensivieren
- Macht relativieren

Aber sie darf:

- politische Entscheidungen nicht sakralisieren
- Opposition nicht delegitimieren

Erkenntnistheoretisch gilt:

Transzendenz wirkt inspirierend,
nicht determinierend.

TEIL II

Szenarioanalyse „Europa 2040 – mit und ohne transzendente Fundierung“ Ich entwerfe vier Szenarien.

Szenario A: Säkularer Verfahrensstaat

Merkmal	Entwicklung
Religion	privatisiert
Moral	minimaler Konsens
Politik	technokratisch

Merkmal	Entwicklung
Risiko	Sinnleere, Populismus
Stabilität	institutionell robust, kulturell fragil

Demokratie bleibt formal stabil, verliert jedoch emotionale Bindungskraft.

Szenario B: Kultureller Kommunitarismus

Merkmal	Entwicklung
Gemeinsame Leitkultur	gestärkt
Religion	kulturelle Ressource
Politik	identitätsorientiert
Risiko	Ausschluss Minderheiten
Stabilität	hoch bei innerer Homogenität

Hier entstehen Anschlussstellen für postliberale Strömungen.

Szenario C: Religiös-postliberale Wende

Merkmal	Entwicklung
Naturrechtliche Argumente	politisch einflussreich
Kirchen	öffentlich normativ
Staat	moralisch profilierter
Risiko	Pluralitätsverlust
Stabilität	abhängig von Mehrheitsverhältnissen

Dieses Szenario entspricht neointegralistischen Hoffnungen – in Europa derzeit unwahrscheinlich, aber diskursiv präsent.

Szenario D: Dialogisch-transzendenter Pluralismus

Merkmal	Entwicklung
Religion	öffentlich argumentierend
Staat	neutral, aber wertorientiert
Bildung	ethisch vertieft
Diskurs	respektvoll konfliktfähig
Stabilität	hoch, da lernfähig

Dieses Modell integriert:

- religiöse Tiefe
- institutionelle Neutralität
- pluralistische Offenheit

3. Freikirchen im Szenariomodell

Szenario	Rolle von Freikirchen
A	missionale Minderheit
B	moralischer Impulsgeber
C	potenzieller Bündnispartner
D	zivilgesellschaftlicher Akteur

Historisch sprechen Freiheitskirchen eher für Szenario D.

4. Gesamtsynthese Demokratie benötigt

- eine tragfähige Anthropologie
- eine Würdebegründung
- institutionelle Selbstbegrenzung
- kulturelle Bindungskräfte

Transzendenz kann diese Ressourcen liefern.

Aber: Sobald Transzendenz politisch monopolisiert wird, verliert Demokratie ihre Offenheit.

5. Meine systematische Position

Aus meiner prozessualen, erkenntnistheoretisch reflektierten Perspektive ergibt sich:

- Wahrheit wird ernstgenommen.
- Perspektivität wird anerkannt.
- Demokratie bleibt lernfähiger Ordnungsrahmen.
- Transzendenz vertieft Verantwortung.
- Macht bleibt kontrolliert.

Das ist weder relativistisch noch integralistisch.

weitere Vertiefung

Risikoanalyse speziell für Österreich 2035

Eine nüchterne, mehrdimensionale Risikoanalyse – politisch, kulturell, kirchlich, freikirchlich – mit Wahrscheinlichkeiten, Dynamiken und Gegenkräften.

Risikoanalyse Österreich 2035 Demokratie, Religion und postliberale Dynamiken

1. Ausgangslage Österreich 2026

Strukturelle Faktoren:

- starke rechtsstaatliche Tradition
- kooperatives Staatskirchenrecht
- geringe religiöse Praxis, aber kulturelle Christlichkeit
- parteipolitische Polarisierung
- Vertrauensverlust in Institutionen

Religiöse Landschaft:

- Katholische Kirche institutionell präsent, gesellschaftlich geschwächt
 - Evangelische Kirche klein, dialogorientiert
 - Freikirchen wachsend, aber minoritär
 - Islam als integrationspolitische Herausforderung
-

2. Vier Entwicklungsszenarien bis 2035

Szenario A: Technokratisch-säkularer Stabilitätsmodus

Merkmal	Entwicklung
Politik	Verwaltungsorientiert
Religion	weiter privatisiert
Konflikte	sozialökonomisch
Demokratie	formal stabil
Risiko	Sinn- und Identitätsleere

Wahrscheinlichkeit: hoch. Risiko für religiösen Autoritarismus: gering

Szenario B: Identitätspolitische Zuspitzung

Merkmal	Entwicklung
Leitkultur-Debatten	intensiviert
Parteien	stärker polarisiert
Religion	rhetorisch instrumentalisiert
Gesellschaft	kulturell gespalten
Demokratie	unter Spannungsdruck

Wahrscheinlichkeit: mittel. Risiko: moderat

Hier könnten Begriffe wie „christliches Abendland“ politisch aufgeladen werden – ohne theologische Tiefe.

Szenario C: Postliberaler Schub

Merkmal	Entwicklung
Naturrechtsrhetorik	diskursiv präsenter
konservative Allianzen	stärker vernetzt
kirchliche Stimmen	normativer
Demokratie	kulturell umstritten

Wahrscheinlichkeit: gering bis moderat. Voraussetzung wäre:

- massive gesellschaftliche Krisen
- Vertrauensverlust in liberale Institutionen
- transnationale ideologische Vernetzung

Österreich besitzt derzeit keine geschlossene neointegralistische Infrastruktur.

Szenario D: Dialogisch-pluraler Vertiefungsweg

Merkmal	Entwicklung
Religionsdialog	ausgebaut
Bildung	ethisch vertieft
Kirchen	öffentlich argumentierend
Demokratie	resilient

Wahrscheinlichkeit: offen, politisch gestaltbar

3. Spezifische Risikofaktoren

Faktor	Wirkung bis 2035
Wirtschaftskrise	Radikalisierungspotenzial
Migration	Identitätskonflikte
EU-Instabilität	Souveränitätsdebatten
Digitale Desinformation	Polarisierung
Kirchliche Profilierung	je nach Richtung stabilisierend oder polarisierend

4. Rolle der katholischen Kirche

Möglichkeit	Wirkung
staatskooperative Linie	stabilisierend
kulturkämpferische Zuspitzung	polarisierend
naturrechtliche Neuprofilierung	intellektuell wirksam, politisch begrenzt

Österreichischer Katholizismus ist historisch staatsnah und moderat – kein starker Nährboden für Integralismus.

5. Rolle der evangelischen Kirche

Profil	Risiko	Potenzial
dialogisch	gering	demokratiefördernd
identitär-konservativ	moderat	polarisierend
theologisch reflektiert	gering	stabilisierend

Evangelische Minderheitenposition wirkt tendenziell freiheitsfreundlich.

6. Rolle der Freikirchen

Entwicklung	Risiko
missionale Präsenz	gering
kulturpolitische Mobilisierung	moderat
US-inspirierte Kulturkampfrhetorik	punktueller Polarisierung

Freikirchen in Österreich sind zahlenmäßig klein. Sie können kulturell wirken, aber kaum staatsstrukturell.

7. Demokratiegefährdung – Risiko-Matrix

Bedrohung	Wahrscheinlichkeit	Intensität	Gesamtbewertung
Konfessionsstaat	sehr gering	hoch	gering
Religiöser Autoritarismus	gering	mittel	gering
Identitätspolitische Polarisierung	mittel	mittel	moderat
Vertrauensverlust in Institutionen	hoch	mittel	relevant

Die größere Gefahr liegt in kultureller Fragmentierung, nicht im Integralismus.

8. Kritische Kipppunkte

Demokratische Stabilität könnte kippen bei:

1. Dauerhafte ökonomische Krise
2. Massive Migrationskonflikte
3. EU-Zerfall
4. Politische Delegitimierung von Gerichten
5. Sakralisierung politischer Macht

Derzeit sind diese Faktoren in Österreich nicht dominant.

9. Synthese für 2035

Österreich 2035 erscheint wahrscheinlicher als:

- säkular-technokratisch
- identitätspolitisch gespannt
- religiös plural
- institutionell stabil

Ein neointegralistischer Durchbruch bleibt unwahrscheinlich.

10. Meine Perspektive und Ansatz

Ein zeitgemäß reflektierter evangelischer Ansatz kann bis 2035:

- dialogische Räume stärken
- anthropologische Tiefenbegründungen einbringen
- Freikirchen konstruktiv einbinden
- Polarisierung rhetorisch entschärfen
- Demokratie als lernfähige Ordnung interpretieren

Das ist präventive Demokratietheologie.

Quantitative Risiko-Prognose mit Prozentwerten erstellen
Eine geopolitische Einbettung (USA–EU–Russland) ergänzen

TEIL I

Quantitative Risiko-Prognose Österreich 2035

Die Prozentwerte sind keine Vorhersagen, sondern strukturierte Wahrscheinlichkeitsabschätzungen auf Basis:

- politischer Kultur Österreichs
- institutioneller Stabilität
- religiöser Landschaft
- europäischer Einbettung

1. Demokratieszenarien bis 2035

Szenario	Beschreibung	Wahrscheinlichkeit
A: Stabiler Verfassungsstaat	Demokratie bleibt institutionell intakt	45 %
B: Polarisierende Demokratie	starke kulturelle Spannungen, aber System bleibt	30 %
C: Postliberaler Einflusszuwachs	naturrechtliche Rhetorik gewinnt an Sichtbarkeit	12 %
D: Religiös geprägte Staatsumformung	substanzielle konfessionelle Ordnung	3 %
E: Autoritäre Wende (nicht religiös begründet)	Machtkonzentration, Schwächung von Gerichten	10 %

Das größere Risiko liegt in allgemeiner demokratischer Erosion durch Polarisierung, nicht im Integralismus,

2. Religionsbezogene Einflussrisiken

Faktor	Eintrittswahrscheinlichkeit	Einflussstärke
Neointegralistische Netzwerke	15 %	begrenzt
US-inspirierter Evangelikalismus	25 %	moderat
Freikirchliche Politisierung	20 %	punktuell
Katholische Naturrechtsrenaissance	18 %	diskursiv
Religiöse Radikalisierung	5 %	lokal

Österreich besitzt keine strukturelle Basis für eine theokratische Bewegung.

3. Demokratie-Stabilisatoren

Faktor	Stabilitätsbeitrag
EU-Mitgliedschaft	hoch
Verfassungsgerichtshof	sehr hoch
Föderalismus	moderat
Zivilgesellschaft	hoch
Religionsrechtliche Kooperation	stabilisierend

TEIL II

Geopolitische Einbettung 2026–2035

Österreich ist kein isoliertes System. Entwicklungen werden stark beeinflusst durch:

- USA
- EU
- Russland
- globale Krisen

1. USA

In den USA existieren reale postliberale Diskurse.

Entwicklung USA	Auswirkung auf Österreich
konservative Supreme-Court-Politik	ideologische Signalwirkung
evangelikale Mobilisierung	kulturelle Resonanz bei Freikirchen
Polarisierung	mediale Übertragung

Direkter politischer Import bleibt begrenzt – kulturelle Narrative wirken stärker.

2. Europäische Union

EU-Entwicklung	Wirkung
stärkere Integration	Stabilisierung
nationale Souveränitätsbewegungen	Identitätskonflikte
Wirtschaftskrisen	Populismusfördernd

EU-Struktur wirkt als Schutzschild gegen konfessionelle Staatsmodelle.

3. Russland

Religiös-nationalistische Narrative werden von Russland strategisch genutzt.

Mechanismus	Wirkung
Propaganda	Polarisierung
Kulturkampfnarrative	Anschlussfähigkeit
Orthodoxe Zivilisationsrhetorik	ideologisches Vorbild für Postliberale

Österreich bleibt jedoch institutionell westlich verankert.

4. Globaler Krisenfaktor

Krise	Demokratisches Risiko
Wirtschaftskollaps	hoch
Energiekrise	mittel
Klimakatastrophen	mittel
Migrationsexplosion	hoch

Krisen erhöhen die Wahrscheinlichkeit autoritärer Sehnsucht – religiös oder säkular.

TEIL III
Gesamtrisiko-Matrix 2035

Bereich	Risiko-Level
Konfessioneller Staat	sehr gering
Religiöser Autoritarismus	gering
Kulturkampf-Populismus	moderat
Institutionelle Erosion	moderat
Demokratische Resilienz	weiterhin hoch

Strategische Einschätzung
Bis 2035 ist wahrscheinlicher:

- kulturelle Polarisierung
- mediale Zuspitzung
- punktuelle religiöse Instrumentalisierung

Unwahrscheinlich ist:

- ein systematischer neointegralistischer Durchbruch
- eine konfessionelle Staatsumformung

Die reale Gefahr liegt im Verlust gemeinsamer Vertrauensgrundlagen, weniger im religiösen Integralismus.

Abschließende systematische Perspektive
Demokratie in Österreich wird 2035 stabil sein, wenn:

- Würdebegründungen öffentlich diskutierbar bleiben
- religiöse Stimmen argumentieren, ohne zu dominieren
- Gerichte unabhängig bleiben
- Bildung ethische Tiefendimension vermittelt

In meiner Denktradition formuliert:

Demokratie braucht Orientierung, aber sie überlebt nur, wenn Orientierung nicht erzwungen wird.

Michaela Quast-Neulinger
Kurzprofil

- Fachgebiet: Systematische Theologie / Politische Theologie
- Institution: Universität Innsbruck (Katholisch-Theologische Fakultät)
- Arbeitsschwerpunkte: Religion und Politik, Demokratie- und Rechtsextremismusforschung, Postliberalismus / Neointegralismus, kirchliche Öffentlichkeit

Theologische und wissenschaftliche Ausrichtung

Bereich	Akzent
Politische Theologie	Analyse religiöser Narrative in politischen Bewegungen
Demokratietheorie	Verhältnis von Glauben, Öffentlichkeit und Rechtsstaat
Extremismusforschung	Untersuchung religiöser Begründungsmuster in autoritären Diskursen
Kirchenverständnis	Kirche als Akteurin in pluraler Gesellschaft

Quast-Neulinger arbeitet interdisziplinär – Theologie im Gespräch mit Politikwissenschaft, Soziologie und Zeitdiagnostik. Ihr Zugang ist analytisch-kritisch: Sie fragt, wie religiöse Wahrheitsansprüche politisch wirksam werden und wo daraus Spannungen zur Demokratie entstehen.

Position im Diskurs um Neointegralismus

In aktuellen Debatten (u. a. in Medienformaten wie Ö1) betont sie typischerweise:

1. Netzwerkcharakter postliberaler/ neointegralistischer Milieus (USA–Europa).
2. Normative Ambition: Der Anspruch, staatliche Ordnung ausdrücklich an religiös verstandener Wahrheit auszurichten.
3. Demokratietheoretische Spannung: Gefahr einer Relativierung von Pluralismus und liberaler Neutralität.
4. Abgrenzung zu Rechtsextremismus bei gleichzeitiger Analyse möglicher Anschlussstellen. Ihr Ansatz ist nicht alarmistisch im Sinne einer unmittelbaren Umsturzprognose, sondern zielt auf Frühwarn- und Differenzierungsarbeit: Wo kippt legitime Religionskritik des Liberalismus in autoritäre Ordnungsvorstellungen?

Einordnung im österreichischen Kontext

Aspekt	Einschätzung
Konfessionsstaat in Österreich	politisch unwahrscheinlich
Diskursive Verschiebungen	möglich (Gemeinwohl-, Naturrechts-, Leitkultur-Rhetorik)
Rolle der Kirchen	öffentlich argumentierend, ohne Staatsmonopol
Freikirchen	eher kulturpolitische, nicht staatsrechtliche Dynamik

Damit steht sie für eine katholische Theologie, die Demokratie theologisch bejaht und zugleich religiöse Politikentwürfe kritisch prüft.

Anknüpfungspunkte zu meinem Ansatz und Denken

Ich bewege mich erkenntnistheoretisch dialogisch und prozessual.

Anknüpfungen sind:

- gemeinsame Sorge um die normative Substanz demokratischer Ordnung,
- Sensibilität für Wahrheitsansprüche in politischer Sprache,
- Interesse an einer öffentlichen Theologie, die Orientierung bietet, ohne zu dominieren. Unterschiede könnten entstehen bei der Frage, wie stark religiöse Wahrheit politisch normativ wirksam sein darf – ein Punkt, den Sie eher diskursiv öffnen würden.

-
- zentrale Publikationen von Quast-Neulinger thematisch zusammengefasst,
 - meine Argumentation systematisch mit neointegralistischen Positionen kontrastiert,
 - meine Perspektive in eine theologische Positionsbestimmung für Österreich 2035

1. Thematische Zusammenfassung zentraler Publikationen
2. Systematischer Kontrast zu neointegralistischen Positionen
3. Einordnung für Österreich 2035 – als theologische Positionsbestimmung
Sachlich, differenziert und ohne Dramatisierung.

I. Thematische Linien in den Arbeiten von Michaela Quast-Neulinger (Lehrstuhl: Universität Innsbruck)

Ihre Veröffentlichungen bewegen sich typischerweise entlang folgender Schwerpunkte:

1. Politische Theologie in pluraler Gesellschaft

Thema	Kerngedanke
Religion in der Öffentlichkeit	Religion darf öffentlich argumentieren
Demokratische Legitimität	Politische Ordnung entsteht aus Verfahren
Wahrheitsansprüche	müssen diskursfähig bleiben
Kirche	Akteurin unter anderen Akteuren

Zentral ist: Theologie darf politisch sprechen, aber sie darf politische Ordnung nicht monopolisieren.

2. Analyse postliberaler und neointegralistischer Diskurse

Analysefokus	Beobachtung
Naturrechtsrenaissance	normative Verdichtung
Gemeinwohlrhetorik	moralische Substanz gegen Liberalismus
Netzwerkbildung	transatlantische Diskursräume
Demokratiekritik	Liberalismus als relativistisch

Sie fragt: Wann wird legitime Liberalismuskritik zu einer Gefährdung pluraler Ordnung?

3. Religion und Rechtsextremismus

Ebene	Differenzierung
religiöse Motivation	nicht automatisch extremistisch
Anschlussstellen	möglich bei Kulturkampf-Narrativen
politische Instrumentalisierung	analytisch ernst zu nehmen

Sie arbeitet mit präziser Unterscheidung – keine Pauschalisierung, aber auch keine Verharmlosung.

II. Systematischer Kontrast: Quast-Neulinger vs. Neointegralismus

Kategorie	Quast-Neulinger	Neointegralistische Position
Demokratie	normativ zu schützen	normativ zu korrigieren
Liberalismus	reformbedürftig, aber tragfähig	substanziell defizitär
Wahrheit	öffentlich argumentierend	politisch leitend
Gemeinwohl	diskursiv bestimmbar	naturrechtlich bestimmbar
Pluralismus	konstitutiv	ordnungsbedürftig
Staat	neutraler Rahmen	moralisch substantiell

Der Kernunterschied liegt erkenntnistheoretisch: Sie operiert mit diskursiver Wahrheitsverantwortung. Neointegralismus operiert mit vorgeordneter Wahrheitsstruktur.

III. Theologische Positionsbestimmung für Österreich 2035

Ich formuliere nun drei mögliche kirchliche Linien.

1. Defensive Schutzposition

Merkmal	Wirkung
klare Abgrenzung von Integralismus	demokratiestabilisierend
Betonung von Pluralismus	integrationsfördernd
Kritik an sakraler Politik	präventiv

Risiko: Verlust normativer Tiefe.

2. Substanzielle Demokratietheologie

Merkmal	Wirkung
Würdebegründung theologisch vertieft	anthropologische Fundierung
Gemeinwohl argumentativ	ohne Staatsmonopol
Machtkritik	evangelische Tradition

Diese Linie entspricht weitgehend dem Ansatz Quast-Neulingers.

3. Postliberale Annäherung

Merkmal	Wirkung
stärkere Gemeinwohrrhetorik	normative Verdichtung
Skepsis gegenüber Neutralität	Diskursverschiebung
religiöse Identitätsstärkung	mobilisierend

Risiko: Anschlussstellen an Polarisierung.

IV. Rolle der Freikirchen im Vergleich

Typ	Verhältnis zur Demokratie	Nähe zu postliberalen Impulsen
klassische Freikirchen	freiheitsorientiert	gering
evangelikale Netzwerke	kulturpolitisch aktiv	moderat
charismatische Bewegungen	gesellschaftsverändernd	punktuell

Österreichische Freikirchen bleiben zahlenmäßig begrenzt. Systemische Staatsveränderung ist unwahrscheinlich.

V. Gesamtbewertung 2035

Faktor	Einschätzung
Neointegralistische Durchsetzung	sehr gering
Diskursive Einflussnahme	möglich
Identitätspolitische Instrumentalisierung	moderat
Demokratische Resilienz	hoch

Die größere Herausforderung bleibt:

Vertrauensverlust in Institutionen – nicht religiöse Machtübernahme.

VI. Verbindung zu meinem Ansatz und meiner Denkbewegung

Meine Perspektive – prozessual, erkenntnistheoretisch reflektiert – kann hier vermittelnd wirken:

- Wahrheit als orientierend
- Staat als lernfähiger Rahmen
- Religion als öffentliche Stimme
- Macht als begrenzte Größe

Das schützt vor Relativismus und vor Sakralisierung.



Erklärung zum Bild Wahrheit ohne Zwang – Transzendenz, Staat und die Zukunft demokratischer Ordnung

Bildelement	Sichtbare Darstellung	Symbolische Bedeutung	Politisch-theologische Deutung
Goldene Waage im Zentrum	Gleichmäßig austarierte Schalen im Licht	Gerechtigkeit, Ausgleich, Maß	Demokratie lebt vom Gleichgewicht zwischen Wahrheit und Freiheit
Licht von oben (Morgenröte)	Strahlender Horizont	Transzendenz, Hoffnung, Orientierung	Wahrheit wirkt erhellend, nicht erzwingend
Brücke im Vordergrund	Verbindungsweg zwischen zwei Landschaften	Vermittlung	Verbindung von religiöser Überzeugung und säkularem Staat
Zwei Landschaftshälften	Eine Seite mit sakralen Symbolen, andere mit staatlichen Gebäuden	Dualität	Differenzierung von Kirche und Staat
Klassische Säulen/Architektur	Anlehnung an Parlament oder Gericht	Rechtsstaatlichkeit	Institutionelle Begrenzung politischer Macht

Bildelement	Sichtbare Darstellung	Symbolische Bedeutung	Politisch-theologische Deutung
Kirchliches Symbol (z. B. Kreuz im Hintergrund)	Dezent, nicht dominierend	Transzendenzquelle	Religion als orientierende Stimme, nicht als Herrschaftsinstanz
Konstitutionelles Dokument/aufgeschlagenes Buch	Liegt im Licht	Verfassung, Gesetz	Demokratie gründet in Recht, nicht in religiöser Durchsetzung
Personen im Gespräch	Unterschiedliche Figuren im Dialog	Pluralität	Wahrheit entsteht im Austausch
Weitläufiger Himmel	Mischung aus Licht und Wolken	Ambivalenz der Geschichte	Demokratie bleibt fragil und offen
Aufziehende dunklere Wolken am Rand	Kontrastzone	Krisen, Polarisierung	Gefährdung durch Machtansprüche
Goldene Farbgebung im Zentrum	Wärme	Würde	Menschenwürde als verbindender Kern
Horizontlinie	Übergang von Dunkel zu Licht	Zukunft	Demokratie ist Prozess, kein Zustand

Vertiefte Symboldeutung

1. Die Waage – Maß statt Dominanz

Die zentrale Platzierung zeigt: Weder religiöse Wahrheit noch staatliche Macht darf die andere Seite dominieren. Die Waage steht für Begrenzung, Ausgleich, Verantwortung. Sie verweist auf:

- Gewaltenteilung
- Maßhalten
- Selbstbegrenzung politischer Macht

2. Das Licht – Transzendenz ohne Zwang

Das Licht kommt von oben, aber es trifft nicht wie ein Blitz. Es durchdringt die Szene sanft. Das bedeutet:

Transzendenz wirkt orientierend, nicht zwingend. Sie erhellt – sie befiehlt nicht.

3. Die Brücke – Vermittlungsstruktur

Die Brücke ist entscheidend: Sie symbolisiert keine Verschmelzung, sondern Verbindung. Kirche und Staat bleiben unterscheidbar. Das entspricht:

- institutioneller Differenzierung
- dialogischer Öffentlichkeit
- konstruktiver Koexistenz

4. Architektur – Rechtsstaat

Die klassischen Säulen stehen für:

- Rationalität
- Recht
- Institutionelle Stabilität

Sie signalisieren: Demokratie beruht auf Struktur, nicht auf Emotion.

5. Die Menschen – Würde und Dialog

Die Figuren sind unterschiedlich, aber gleichwertig dargestellt. Das betont: Pluralität, gleiche Würde, deliberative Kultur, Wahrheit entsteht im Diskurs, nicht im Monolog.

6. Dunkle Wolken – Warnung

Die Randverdunkelung steht für: Polarisierung, autoritäre Versuchung, Sakralisierung politischer Macht

Das Bild bleibt realistisch und romantisiert Demokratie nicht.

Gesamtaussage des Bildes

Das Bild transportiert eine klare These: Wahrheit darf orientieren, aber nicht herrschen. Demokratie braucht Substanz, aber keine sakrale Durchsetzung.

Es ist die visuelle Übersetzung meines Essays.

Erklärung zentraler Fachbegriffe

Wahrheit ohne Zwang – Transzendenz, Staat und Demokratie

Fachbegriff	Erklärung für Professoren	Erklärung für normal Gebildete
Integralismus	Politisch-theologische Konzeption, die eine normative Durchdringung staatlicher Ordnung durch religiös verstandene Wahrheit fordert	Die Idee, dass der Staat ausdrücklich nach einer bestimmten Religion ausgerichtet sein soll
Neointegralismus	Zeitgenössische postliberale Variante mit naturrechtlicher Gemeinwohlorientierung	Moderne Form dieser Idee, oft akademisch argumentiert
Politische Theologie	Reflexion über strukturelle Analogien zwischen theologischen und politischen Kategorien	Nachdenken darüber, wie religiöse Vorstellungen Politik beeinflussen
Naturrecht	Vernunftzugängliche normative Ordnung, die dem positiven Recht vorausliegt	Die Vorstellung, dass es grundlegende moralische Regeln gibt, die für alle gelten
Transzendenz	Bezug auf eine Wirklichkeitsdimension jenseits empirischer Verfügbarkeit	Das, was über das Sichtbare und Messbare hinausgeht – etwa Gott oder ein letzter Sinn
Immanenz	Innerweltliche Begründungsstruktur	Alles, was sich innerhalb unserer erfahrbaren Welt erklären lässt
Demokratische Legitimität	Rechtfertigung politischer Herrschaft durch Verfahren und Zustimmung	Macht gilt als gerechtfertigt, wenn sie durch Wahlen und Gesetze zustande kommt
Pluralismus	Koexistenz heterogener Weltdeutungen in normativer Gleichberechtigung	Viele unterschiedliche Meinungen und Lebensformen dürfen nebeneinander bestehen
Postliberalismus	Kritik am liberalen Neutralitätsparadigma zugunsten substantieller Gemeinwohlorientierung	Die Ansicht, dass reine Freiheit ohne gemeinsame Werte nicht ausreicht
Gemeinwohl	Teleologisch strukturierte normative Zielgröße politischer Ordnung	Das, was für alle gut ist – nicht nur für einzelne Gruppen
Sakralisierung der Politik	Zuschreibung religiöser Letztgültigkeit an staatliche Macht	Wenn Politik wie eine Religion behandelt wird
Autoritarismus	Konzentration von Entscheidungsmacht bei reduzierter Gewaltenteilung	Wenn wenige sehr viel Macht haben und kaum kontrolliert werden
Rechtsstaatlichkeit	Bindung staatlicher Gewalt an rechtliche Normen und Kontrollinstanzen	Der Staat muss sich selbst an Gesetze halten
Verfahrensrationalität	Legitimation durch geregelte Entscheidungsprozesse	Regeln sind wichtiger als persönliche Überzeugungen
Epistemologie (Erkenntnistheorie)	Theorie der Bedingungen und Grenzen von Wissen	Lehre davon, wie wir wissen können, was wahr ist
Diskursive Wahrheit	Geltung im argumentativen Austausch	Wahrheit entsteht im Gespräch
Würdebegründung	Normative Herleitung der Unverfügbarkeit menschlicher Person	Warum jeder Mensch einen unverletzlichen Wert hat

Fachbegriff	Erklärung für Professoren	Erklärung für normal Gebildete
Deliberative Demokratie	Demokratiemodell mit Fokus auf argumentativer Willensbildung	Demokratie durch Gespräch und Diskussion
Souveränität	Letztentscheidungsinstanz politischer Ordnung	Wer im Ernstfall das letzte Wort hat
Konfessionsstaat	Staat mit expliziter Bindung an eine bestimmte religiöse Lehre	Ein Land, das offiziell einer Religion folgt

Zu den angegebenen Prozentwerten: Diese sind **keine statistischen Vorhersagen**, sondern **strukturierte heuristische Einschätzungen**. Ich lege transparent offen, wie sie zustande kamen.

1. Methodischer Rahmen der Prognose

Die Werte beruhen auf einer **qualitativen Szenarioanalyse**, kombiniert mit:

- politikwissenschaftlicher Demokratieforschung
- Religionssoziologie
- vergleichender Europaanalyse
- Risikobewertung (Low/Medium/High → in Prozent übersetzt)

Es handelt sich also um eine **expertenbasierte Plausibilitätsabschätzung**, nicht um ein mathematisches Prognosemodell.

2. Bewertungsfaktoren

Die Einschätzung erfolgte entlang fünf Indikatorgruppen:

Indikatorgruppe	Gewichtung	Begründung
Institutionelle Stabilität	hoch	Verfassungsgerichtshof, Gewaltenteilung, EU-Einbindung
Parteipolitische Dynamik	mittel	Polarisierung, Populismus
Religionssoziologische Lage	mittel	geringe Kirchenbindung, pluralisierte Landschaft
Internationale Einflüsse	mittel	USA, EU, geopolitische Spannungen
Krisenanfälligkeit	variabel	Wirtschaft, Migration, Energie

Jeder Szenariowert ergibt sich aus der Kombination dieser Faktoren.

3. Beispiel: Warum „Konfessionsstaat 3 %“?

Bewertete Faktoren:

Faktor	Bewertung
Verfassungsrechtliche Hürden	sehr hoch
Mehrheitsverhältnisse	derzeit nicht gegeben
Kircheninteresse	nicht vorhanden
EU-Rechtsrahmen	blockierend
Gesellschaftliche Akzeptanz	sehr gering

→ Daraus ergibt sich eine sehr niedrige Eintrittswahrscheinlichkeit.

4. Beispiel: Warum „Polarisierte Demokratie 30 %“?

Faktor	Bewertung
Medienfragmentierung	hoch
Parteipolarisierung	moderat steigend
Vertrauensverlust	messbar vorhanden
Europäische Trends	vergleichbare Dynamiken

Hier besteht realistische Wahrscheinlichkeit ohne Systembruch.

5. Vergleich mit empirischen Demokratieratings

Internationale Indizes (Freedom House, V-Dem, Economist Democracy Index) zeigen:

- Österreich bleibt stabile Demokratie
- leichte Erosionsanzeichen in ganz Europa
- keine Anzeichen für theokratische Entwicklung

Die Prognosewerte orientieren sich an diesen Befunden.

6. Epistemische Einordnung

Die Prozentwerte sind:

- **keine Prognose im naturwissenschaftlichen Sinn**
- sondern ein strukturierter Ausdruck relativer Wahrscheinlichkeit
- vergleichbar mit sicherheitspolitischen Szenarioabschätzungen

Man kann sie auch als: gewichtete qualitative Einschätzung mit numerischer Übersetzung bezeichnen.

7. Anmerkung

Die größte Unsicherheit liegt in: exogenen Schocks (Krieg, Finanzcrash), abrupten Mehrheitsverschiebungen, transnationalen Ideologieimporten. Langfristprognosen über 10 Jahre enthalten unvermeidliche Unsicherheit.